

POLITISCHE ABTEILUNG I
p.B.75.82.-BUU/MM

Bern, 12. Oktober 1992

Original direkt weitergeleitet

NOTIZ AN:

- Herrn R. Ramsauer, BAWI
- Herrn A. Motyl, Botschaft Moskau
- Herrn W. Thurnherr, Pol. Sekr.

Reise nach Zentralasien vom 24.08.-03.09.1992 - Gesprächsnotizen

Im Nachgang zum Missionsrapport vom 4. September erhalten Sie in der Beilage die Aufzeichnungen der Gespräche, die der Unterzeichnete anlässlich obenerwähnter Reise nach Alma-Ata, Bischkek, Taschkent, Duschanbe und Aschhabad geführt hat.

Politische Abteilung I



Jenö C.A. Staehelin

- Kopie an:
- Sekretariat BRF
 - Finanz- und Wirtschaftsdienst
 - BAWI, Botschafter S. Arioli
 - BAWI, Herr H. Escher
 - BAWI, Herr H.U. Mazenauer
 - Botschaft Moskau
 - KE, SIN, DY, WOK, MER, KJ, BUU
 - Eidg. Finanzverwaltung

Kopie(n) direkt weitergeleitet



Gespräch mit dem Direktor der Abteilung Europa und Nordamerika im kasachischen Aussenministerium, M. Gasidov (G), vom 26.8.92

Einleitend erläutert G die zur Zeit wichtigsten Ziele der kasachischen Innenpolitik: Die Schaffung eines demokratischen Rechtsstaates, die Ausarbeitung einer (in erster Lesung bereits verabschiedeten) Verfassung und die wirtschaftlichen Reformen gehören gegenwärtig zu den Prioritäten der Politik des Präsidenten. Gemäss G soll der Prozess der Demokratisierung des Landes kontinuierlich verlaufen. Man könne die Schaffung von Parteien nicht erzwingen, da man in einer Übergangsphase sei, in der vor allem die Rolle des Präsidenten massgebend sein muss. Trotzdem halte sich der nun vorliegende Verfassungsentwurf klar an westliche Vorbilder, wobei insbesondere die Gewaltenteilung und die Minderheitenrechte beträchtlichen Platz einnehmen. Bisher sei es der Regierung gelungen, eine politisch stabile Lage zu schaffen, was eine Voraussetzung für die wirtschaftlichen Reformen darstelle.

Die wirtschaftliche Situation des Landes sei schwierig. Das unkontrollierte Auseinanderfallen der Sowjetunion und die Absenz wirtschaftstimulierender Entwicklungen führen gemäss G zu relativ düsteren Aussichten. Deshalb unternehme die Regierung auf aussenwirtschaftlicher Ebene alles, um die eigenen Reformen zu unterstützen. Mit China habe man bereits ein detailliertes Abkommen über den Ausbau der gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen unterzeichnet, mit Usbekistan bestehe ein Freundschaftsvertrag und mit Russland sei Kasachstan wirtschaftlich ohnehin stark verbunden. Darüber hinaus versuche man westliche Investitionen im Land zu fördern. Deutschland und Frankreich hätten diesbezügliche Kredite versprochen, die Vereinigten Staaten und Österreich sollen bereits mit Investitionen begonnen haben und mit zahlreichen anderen Staaten seien entsprechende Investitionsschutzabkommen unterzeichnet worden. Abgesehen von den zahlreichen Rohstoffen bilde das gut ausgebildete Kader in Kasachstan eine Grundlage für weitere Zusammenarbeit mit dem Westen, insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Chemie, Maschinenbau und Leichtindustrie.

Die Beziehungen zu dem nach wie vor wichtigsten Handelspartner Russland hängen, so G weiter, auch von der Politik der Russischen Nationalbank ab (Kasachstan wird bis auf weiteres in der Rubelzone verbleiben). Darüber hinaus dürften sich Kasachstan und die restlichen zentralasiatischen Staaten mit der geplanten Schaffung einer "regionalen KSZE", welche auch die Türkei und Iran einschliessen sollte, noch mehr als zuvor politisch von Moskau lösen. Positive Antworten auf die Idee der kasachischen Regierung, eine regionale Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit aufzubauen, seien auch aus Indien und der Mongolei eingetroffen.

Angesprochen auf allfällige Überflugsrechte reagierte G positiv. Es bestehen keine prinzipiellen Vorbehalte gegenüber ausländischen Anliegen, das Territorium Kasachstans zu überfliegen. Schliesslich übergab SIN das Aide-mémoire der Schweiz zur Förderung der Stadt Genf als Sitz des Sekretariats der Kommission für nachhaltige Entwicklung und weist auf die Bedeutung der nuklearen Nonproliferation hin.

Bern, 24. September 1992

Gespräch SIN mit Berlin K. IRISHEV, Chairman of the board, Alem Bank Kasachstan (ehemalige Aussenstelle der Vnesheconombank), Alma Ata, 26.8.92

Kasachstan unterhalte, so I., im Bankenbereich bereits heute gute Beziehungen mit der Schweiz, namentlich mit der SBG und der SKA; auf dem Korrespondenzweg auch mit der Volksbank. I. zeigt sich sehr beeindruckt über einen kürzlichen Aufenthalt in Zürich, bei welchem er ein Trainingsprogramm absolviert hatte.

Die wirtschaftliche Zukunft Kasachstans, bzw. aller GUS-Staaten, hänge zu einem wesentlichen Teil vom Erhalt der Rubel-Zone ab. Präsident Nasarbaev setze sich deshalb energisch für dieses Anliegen ein. Da andere Staaten noch immer die Schaffung eigener Währungen anstrebten, habe Kasachstan sich in einem Abkommen mit Russland darauf geeinigt, den Rubel beizubehalten.

Nun sehe man sich aber mit dem Problem konfrontiert, dass die neuen Rubelnoten (mit einem Nominalbetrag von bis 5000 Rbl) von der russischen Zentralbank ausgegeben und als russische Rubel bezeichnet würden.

Zu diesem juristischen Aspekt komme ein organisatorischer: Kasachstan habe genauso wie die anderen Staaten in Fragen der Geldmengensteuerung keinen Einfluss auf die russische Zentralbank. Diese Tatsache treibe manche Regierungen gerade dazu, eigene Währungen zu schaffen. Kasachstan dränge dagegen noch immer darauf, eine Zentralbank einzurichten, in der alle Mitglieder der Rubelzone volle Mitwirkungsrechte besässen.

Angesprochen auf die Tilgung der Aussenschuld der Ex-UdSSR weist I. darauf hin, dass sich Kasachstan zur Uebernahme seines Anteils von 3,99 % verpflichtet habe. Dies entspreche einem Betrag von fast 3 Mrd \$. Zwei Gründe ständen einer Tilgung dieser Schuld im Wege: zum einen sei mit der im MOU vorgesehenen Verteilung der Aktiven der Ex-UdSSR noch nicht begonnen worden. Zum anderen habe sich seit der Unterzeichnung des MOU der Status der Vnesheconombank geändert, indem diese nun der russischen Regierung unterstehe. Unter dieser Bedingung seien die anderen Republiken nicht bereit, der Vnesheconombank die Schuldenregulierung zu überlassen. Da alle Konten in Moskau gesperrt seien, müsse Kasachstan seine Unabhängigkeit mit einem Kontostand von Null, bzw. mit einem Negativsaldo von 3 Mrd. \$ antreten. Die kasachische Regierung habe als Ausweg vorgeschlagen, die Deutsche Bank mit der Schuldenregulierung zu beauftragen. I. unterstreicht nochmals die Bereitschaft seiner Regierung, die Aussenschuld zu tilgen.

Abschliessend weist I. auf die Probleme kasachischer Bankenvertreter hin, die mit dem Erhalt eines schweizerischen Visums verbunden sind und erkundigt sich nach der Möglichkeit eines Visums mit Berechtigung zur wiederholten Einreise. SIN erachtet

eine entsprechende Aenderung der Praxis unter der Bedingung der Reziprozität - die allerdings für alle Staaten gelten müsste, für welche die russischen Konsulate zuständig sind - als denkbar. MA weist darauf hin, dass bereits heute für Geschäftsleute eine entsprechende Möglichkeit (Nachweis der dringenden Gründe durch den schweizerischen Geschäftspartner) besteht.

Bern, 24. September 1992

Gespräch SIN mit Adilbek AIMANOV, stv. Minister für Aussenwirtschaftsbeziehungen Kasachstans, Alma Ata, 26.8.92

SIN eröffnet das Gespräch mit dem Hinweis, dass RAM am folgenden Tag mit Experten die Grundlagen für den Abschluss eines Handels- und Wirtschaftsabkommens sowie eines Investitionsschutzabkommens diskutierten möchte. (Dem Wunsch wurde entsprochen.)

A. geht davon aus, dass sich die Einsicht durchsetzen wird, dass die zu rasch unterbrochenen Beziehungen unter den GUS-Staaten wieder intensiviert werden. Selbst die baltischen Staaten seien heute an Verhandlungen mit der GUS interessiert. Ein wesentlicher Störfaktor in diesen Beziehungen stellten die unterschiedlichen Politiken in bezug auf den Erhalt der Rubelzone dar. Präsident Nasarbaev habe die Bildung einer Union aller Zentralbanken vorgeschlagen, welche den Erhalt der einheitlichen Währung zum Zwecke hätte. Dabei könnten allenfalls einzelne Republiken eine Parallelwährung einführen. Welche gravierenden Konsequenzen die Einführung einer nationalen Währung haben könne, hätte sich am Beispiel Lettlands gezeigt: da das Umtauschverhältnis zum Rubel nicht klar festgelegt worden sei, habe Kasachstan seine Handelsbeziehungen mit Lettland praktisch einfrieren müssen. Die Einführung nationaler Währungen würde die sonst schon reduzierten Handelsströme unter den GUS-Staaten zum Erliegen bringen - eine Folge, die sich insbesondere für jene Staaten fatal auswirken könne, die auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen seien. Kasachstan befände sich aufgrund seines Reichtums an Bodenschätzen in einer eher privilegierten Position.

Beim Aufbau der Beziehungen zu den Staaten ausserhalb der GUS betreibe Kasachstan eine Politik der offenen Tür. Nebst Staaten wie der Türkei und China pflege Kasachstan gute Beziehungen insbesondere mit Deutschland, den USA und Oesterreich. Dank seines potentiellen Reichtums sei man in Kasachstan zuversichtlich, einen Weg aus der Krise zu finden. Die dazu erforderlichen Wirtschaftsreformen - Privatisierung, Entmonopolisierung - nähmen aber eine lange Zeit in Anspruch, da die Bevölkerung von der Notwendigkeit dieser Schritte überzeugt werden müsse.

Abschliessend kommt A. auf die für Kasachstan alles entscheidenden Beziehungen zu Russland zurück. 70 % des Aussenhandels Kasachstans würden mit dem grossen Nachbarn abgewickelt; die wichtigste Aufgabe sei es daher, diese Beziehungen aufrecht zu erhalten bzw. zu verbessern. Man könne, so A., optimistisch in die Zukunft blicken: Letztlich werde sich die Wirtschaft gegen die Politik durchsetzen.

Bern, 24. September 1992

Gespräch mit Sauk T. Takeschanov (T) Staatssekretär und kasachischer Parlamentsabgeordneter, 27.8.1992

Gemäss T sind im kasachischen Parlament 260 Deputierte vertreten. Dazu kommen Abgeordnete verschiedener Organisationen (Komsomol u.a.). Die 1991 gewählte Volksvertretung habe die Aufgabe, die vom Präsidenten des Landes durchgeführten Reformen zu unterstützen. Bereits letztes Jahr sei das Gesetz über die Privatisierung und den Erwerb von Eigentum verabschiedet worden. Ein Investitionsschutzgesetz und ein Gesetz über den Bankenverkehr sei in Bearbeitung. Die Reformen müssten längerfristig geplant und durchgeführt werden. Wichtigstes Ziel sei die Erhaltung und die Erhöhung des Lebensstandards. Deshalb gehöre es auch zu den Aufgaben des Parlaments, dafür zu sorgen, dass die Privatisierung des Staatseigentums die bisher stabile Lage nicht gefährde.

Insgesamt gebe es eine beträchtliche Anzahl neuer Parteien und 38 politische Bewegungen. Die registrierten Parteien hätten oft kein eigenes Programm, weshalb es sehr schwierig sei, den Überblick über die verschiedenen politischen Strömungen zu behalten. Angesprochen auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen, welche die Schaffung einer Partei behindern oder verbieten, erläutert T den Verfassungsartikel, der die Bildung einer Partei verbietet, wenn dies auf "...ethnischer Grundlage" beruht oder wenn deren Parteiziele gegen andere Ethnien gerichtet sind. Der Präsident lege grosses Gewicht auf eine "gerechte" Minoritätenpolitik. Die russische Minorität beanspruche 37% aller Parlamentssitze, und der Vorsitzende einer der 15 Parlamentskommissionen sei deutscher Abstammung. Man könne zwar nicht sagen, dass der Stand der politischen Reformen optimal sei, doch genüge er für die wirtschaftlichen Reformen durchaus.

Bern, 24. September 1992

**Gespräch mit dem kirgisischen Finanz- und Wirtschaftsminister A. Muraliev (M),
27.8.1992**

M stellt fest, dass das vom kirgisischen Parlament verabschiedete Programm zur Privatisierung bis 1994 verwirklicht werden sollte. Dieses Programm sieht vor, bis in zwei Jahren rund 36% des Handels und der Dienstleistungen und 25 - 27% der landwirtschaftlichen Betriebe zu privatisieren, entweder mit dem Verkauf von Aktien und Vouchers oder über die Einrichtung von halbprivaten Landwirtschaftsbetrieben. Bis 1994 soll auch die Privatisierung des Wohnungsmarkt vollzogen sein, während das Transportwesen und andere spezifische Bereiche, die bis anhin vom Staat geregelt wurden, gemäss einem noch auszuarbeitenden Programm privatisiert werden soll.

M spricht sich für den Verbleib Kirgisiens in der Rubelzone aus. Ein bilateraler Vertrag zwischen der russischen Föderation und Kirgisien zur Regelung der Probleme in diesem Bereich sei in Vorbereitung. Die kirgisische Regierung sei für die Schaffung einer Unionsbank, bei der alle Mitgliedstaaten, die sich an der Rubelzone beteiligen, die gleichen Mitspracherechte haben. Sollte Moskau die Geldpolitik weiterhin derart dominieren, müsse man auf die Frage der Einführung einer eigenen Währung zurückkommen.

M erkundigt sich über die Möglichkeit, von den schweizerischen Erfahrungen im Bankenbereich zu profitieren.

Bern, 24. September 1992

Gespräch mit dem kirgisischen Staatssekretär E. Karabaev (K), 28.8.1992

K erklärt einleitend, dass sich der Präsident A. Akaev stark für die zwei Problembereiche Demokratisierung und wirtschaftliche Reformen einsetze. Entscheidend sei letztlich die Regelung der Eigentumsfrage. Gelingt es, das bisher staatliche Eigentum zu privatisieren, sei nicht nur der wirtschaftliche Reformprozess, sondern auch die Entwicklung in Richtung Demokratie kaum rückgängig zu machen. Eine Schlüsselrolle spiele dabei das vom IWF ausgearbeitete Austeritätsprogramm, dessen Erfolg eine der notwendigen Voraussetzungen darstelle, damit die Agrar- und Bodenreform durchgeführt werden könne. Kolchosen und Sowchosen, die weniger als 15% des durchschnittlichen Umsatzes der bereits halbprivatisierten Betriebe erzielen, sollen geschlossen werden.

Angesprochen auf die Zusammensetzung des Parlaments erläutert K, dass es zur Zeit schwierig sei, von eigentlichen Parteien zu sprechen. Die treibende politische Kraft sei die "Demokratische Bewegung Kirgisiens", doch sei auch ihre Bedeutung eingeschränkt. Das Parlament ist gemäss K ein Debattierclub, der zahlenmässig zu verkleinern sei (von 350 auf gut 100 Mitglieder). Die genaue Zusammensetzung des Parlaments hänge schliesslich von der noch auszuarbeitenden Verfassung ab. Ein Entwurf dieser Verfassung läge bereits vor, und die kirgisische Regierung würde sich freuen, wenn sie eine Kopie der übersetzten Version den schweizerischen Behörden zur Begutachtung vorlegen könnte.

Bern, 24. September 1992

Gespräch mit dem Vertreter der amerikanischen Botschaft in Bischkek, M. Weissberg (W), 28.8.1992

W ist von den demokratischen Vorstellungen des Präsidenten A. Akaev überzeugt. Die Menschenrechte werden in Kirgisien wie nirgendwo sonst in Zentralasien eingehalten. Im Gegensatz zu Kasachstan, wo grosse Teile der Bevölkerung den Präsidenten zu weiteren Reformen auffordern, sei es in Kirgisien eher das Volk, das die Reformanstrengungen des Präsidenten bremse. Seit sich die kirgisische Regierung als Schweiz Mittelasiens bezeichnet und sich auch immer wieder mit dem neutralen und gebirgigen Kleinstaat in Europa vergleicht wachsen die Bemühungen um eine genügende militärische Grenzsicherung. Die wirtschaftlichen Probleme des Landes seien allerdings gross und die Aussichten auf eine Verbesserung des Lebensstandards sind nach dem kürzlichen Erdbeben, das über 7000 Häuser zerstört haben soll, noch düsterer. Nach den Uberschwemmungen im Frühjahr dieses Jahres sind gemäss W. nun über 17000 Familien obdachlos.

Bern, 24. September 1992

Gespräch mit Marat U. Saralinov, Kirgisischer Aussenminister ad interim,
28.8.1992

Im Vergleich zu den anderen Republiken Zentralasiens sei die Situation in Kirgisien stabil. Die treibende Kraft hinter den politischen und wirtschaftlichen Reformen des Landes sei der Präsident A. Akaev. Trotzdem kenne auch Kirgisien Minoritätenprobleme wie die Vorfälle in Osch bewiesen hätten. Die Unruhen zwischen Usbeken und Kirgisen seien aber zur Hauptsache "... auf die Dummheit der zuständigen lokalen Behörden" zurückzuführen. Seit der usbekische Präsident I. Karimov in Begleitung von A. Akaev die betroffene Region im Nordwesten des Landes besucht habe, sei es zu keinen weiteren Auseinandersetzungen gekommen. Das Sprachengesetz, welches kirgisisch zur Amtssprache und russisch zur "internationalen Sprache" erhoben hat, sei ein Beweis für die liberale Minoritätenpolitik der gegenwärtigen Regierung. Darüber hinaus seien alle Minderheiten im Parlament vertreten.

Die Gefahr eines islamischen Fundamentalismus iranischer Prägung hält T für gering. Kirgisen seien Nomaden gewesen, weshalb der Islam nie tief in die gesellschaftlichen Strukturen eingedrungen sei. Auch wenn zur Zeit ein gewisses ideologisches Vakuum bestehe, dürften die Fundamentalisten kaum grossen Zulauf gewinnen. Die Aufwertung islamischer Traditionen habe zudem auch positive soziale Effekte.

T erkundigt sich über die Möglichkeit, kirgisische Diplomaten im Ausland auszubilden. SIN erklärt, dass gegenwärtig in Genf Diplomaten aus den Baltischen Staaten ausgebildet werden. Wenn dieser Studienaufenthalt erfolgreich abgeschlossen werden kann, ergebe sich allenfalls die Möglichkeit, auch Diplomaten aus Kirgisien zu einem Kurs nach Genf einzuladen.

Bern, 24. September 1992

**Gespräch SIN mit Askar SARYGULOV, Wirtschaftsminister der Republik Kirgistan,
28.8.1992 in Bischkek**

Kirgistan ist laut S. mit dem von schweizerischer Seite vorgeschlagenen Kreditabkommen zur Finanzierung des WB-Beitrages einverstanden; unterzeichnet würde es vom Präsident der Nationalbank. Die kirgisische Delegation wird am 17. September 1992 in Washington eintreffen und 3 Personen umfassen (K. Nanaev, Präsident der Nationalbank, Muraliev, Präsident der Aussenwirtschaftsbank und S. selbst). Zur Delegation stossen werden auch die Botschafterin Kirgistans in den USA sowie ein weiterer kirgisischer Vertreter, der zur Zeit in Washington einen Stage absolviert. Die Delegation wünscht, möglichst schon am 18.5. mit den anderen Gruppenmitgliedern erste Konsultationen zu haben.

S. versichert, dass der Anteil an Lokalwährung rechtzeitig überwiesen werde; zur Zeit streite man noch über den zu verrechnenden Wechselkurs.

Angesprochen auf die Wirtschaftslage in Kirgistan erwähnt S. als erstes die enormen Kosten im Zusammenhang mit dem Rückzug der ehemaligen Sowjetstreitkräfte. Bis zum endgültigen Abzug in ca. 5 Jahren hätte Kirgistan für alle Kosten, namentlich für die Beherbergung der Truppen, aufzukommen. Kirgistan müsse sich seine Neutralität teuer erkaufen: 600 Mio. Rbl. rechnet man in den nächsten Jahren für die erwähnten Aufgaben aufbringen zu müssen.

Zurückbleiben würden die für die Sicherheit der kirgisisch-chinesischen Grenze unentbehrlichen Grenztruppen. Auf die Bildung eigener Streitkräfte werde mit Ausnahme einer Nationalgarde mit einer Stärke von ca. 2500 Mann, deren Hauptaufgabe die Hilfe bei Naturkatastrophen sei, verzichtet.

Mit dem Truppenabzug verbunden sei die Umstellung der Militär-Industrie auf die Produktion ziviler Güter. Hier könnte ein grosses Know How im Bereich der Herstellung von Präzisionsgeräten genutzt werden. Da diese Umstellung grosse Investitionen erfordere, habe die Neutralität auch in dieser Hinsicht einen hohen Preis.

Was die Beziehungen mit den anderen Staaten der GUS anbelangt, gelte es einzusehen, dass die enge wirtschaftliche Verknüpfung einer vollständigen Unabhängigkeit entgegenstehe. Da kirgisische Produkte aufgrund ihrer mangelnden Qualität auf den internationalen Märkten nicht kompetitiv wären, werde Russland noch mindestens 5 Jahre der wichtigste Handelspartner bleiben. Daher sei der Verbleib in einer Art Wirtschaftsunion mit den anderen Nachfolgestaaten der UdSSR vernünftig; eine politische Union sei demgegenüber nicht mehr denkbar. Die kirgisische Regierung werde versuchen, die wenigen Betriebe (ca. 10), die heute schon ein einigermaßen hohes Niveau der Qualität ihrer Produkte (z.B. Halbleiter) erreichten, möglichst schnell umzustellen, und damit eine mögliche Devisenquelle zu erschliessen.

Absatzchancen für kirgisische Produkte ausserhalb der GUS sieht S. vorerst in den Nachbarländern, vor allem in China, welches einen vergleichbaren Entwicklungsstand habe. Wichtigster Wirtschaftspartner in Zentralasien sei und bleibe Kasachstan.

Angesprochen auf das Schicksal der Rubelzone erwähnt S. das Problem, dass die jüngsten Rubelemissionen unter dem Titel "nationale Währung Russlands" liefen und die anderen Staaten praktisch dazu gezwungen würden, ebenfalls nationale Währungen zu schaffen. Für dieses Problem könne aber eine Lösung gefunden werden, zumal sich Kirgistan mit seinem hohen russischen Bevölkerungsanteil sehr um ein gutes Verhältnis mit Moskau bemühe.

Bern, 24. September 1992

Gespräch SIN mit Metin Öker, türkischer Botschafter in Bischkek, 27.8.1992

Nach einer überaus freundlichen Begrüssung übersetzt Ö. die Nachrichten, welche das türkische Fernsehen via Satellit nach Zentralasien ausstrahlt. Ö. freue sich umso mehr über den schweizerischen Besuch, als er es gewesen sei, der dem kirgisischen Präsidenten die Schweiz als Vorbild empfohlen habe.

Kirgistan sei eines jener Länder, für welches die internationale Gemeinschaft mit einem vergleichsweise bescheidenen Aufwand echte Aufbauhilfe leisten könne. Mit einem Einsatz von 600 - 700 Mio. \$ könnte dem Land aus der Krise geholfen werden. Dazu komme, dass Präsident Akaev ein "geborener Demokrat" sei und das Land sicher führe. Fundamentalistische Störungen seien aufgrund der Lebensweise der Bevölkerung keine zu erwarten. Alle Ethnien seien in Kirgistan gut integriert; ein grosser Teil der Russen, die das Land nach den Unruhen vor drei Jahren verlassen hätten, seien in der Zwischenzeit wieder zurückgekehrt.

Der Wasserreichtum und der Arbeitswille der Bevölkerung stellten einen Garant für die Zukunft des Landes dar. Allerdings wäre es falsch, schon heute bezüglich der politischen Reformen westliche Standards anlegen zu wollen: die Schweiz hätte für diesen Prozess sogar Jahrhunderte gebraucht. Ö., der sich ganz offensichtlich als Anwalt Kirgistans gibt, fordert die Schweiz auf, ihren Beitrag zu leisten, damit die Bevölkerung möglichst bald den Sinn der Umstellung auf ein marktwirtschaftliches System zu spüren bekomme: Ein leerer Magen sei bekanntlich ein schlechter Ratgeber und es gäbe noch genug Kräfte in der Ex-UdSSR, die auf ein Scheitern des Experiments hofften. Als Zeichen spontaner Hilfsbereitschaft erachtet Ö. ein Engagement zugunsten der Erdbebenopfer als sinnvoll.

Bern, 24. September 1992

Gespräch SIN mit Aussenminister der Republik Usbekistan, U. A. Abdurasakov, 29.8.92 in Taschkent

Usbekistan wolle, so A., trotz der grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine echte Demokratie aufbauen, in der sich die Menschen fühlen würden, wie in einem "zivilisierten Land". Die wirtschaftliche Umstellung versuche die usbekische Regierung auf eine Weise voranzutreiben, die ein weiteres Absinken des Lebensstandarts der Bevölkerung verhindere. Wohl leide Usbekistan wie alle Staaten der Rubel-Zone unter der starken Inflation, doch seien hier sind z.B. die Preise für landwirtschaftliche Produkte im Vergleich mit anderen Staaten recht tief. Trotz der momentanen Krise sei Usbekistan ein reiches Land, welches für ausländische Unternehmen attraktive Investitionsmöglichkeiten biete. Schon heute gäbe es 3000 gemischte Unternehmungen.

Zur Schweiz pflege Usbekistan ein besonders freundliches Verhältnis, was er schon anlässlich seines Aufenthaltes in Davos gespürt habe: 15 Tage nach jenem Besuch hätte Usbekistan bereits Gold in der Schweiz deponiert.

Angesprochen auf das Verhältnis zum übrigen Europa erwähnte A. den Besuch von Frau Lalumière, die sich sehr positiv über die vorgefundene Situation geäussert habe. Mit dem Beitritt zur KSZE, zur BERD und zum NACC habe Usbekistan seine Orientierung nach Westen unterstrichen, auch wenn man als asiatisches Land den Blick gleichfalls nach Osten richten müsse.

Staaten wie die USA, Deutschland, Frankreich (und bald auch Italien) hätten in Taschkent bereits Botschaften eröffnet. Auch Russland unterhalte in Taschkent eine Botschaft. Mit allen Staaten der GUS suche Usbekistan eine enge Zusammenarbeit, was sich in den bereits abgeschlossenen Abkommen über die gegenseitige Verständigung zeigen würde.

Dass Usbekistan mit allen Staaten zusammenarbeiten wolle, zeige z.B. die eben erfolgte Evakuierung von Diplomaten verschiedener Länder in Kabul über die afghanisch-usbekische Grenze; hier habe Usbekistan eine aktive Rolle übernehmen können. Zur Lage in Afghanistan meint A., dass nach 14 Jahren Krieg nun wohl die entscheidende Phase folgen

werde. Hektamatjar werde zusehends schwächer, wobei er allerdings noch immer Unterstützung aus dem fundamentalistischen Iran erhalte. Dabei wäre es wichtig, dass dieser Konflikt ohne ausländische Einwirkung beendet würde. Als besonders gefährlich erachtet A. die Tatsache, dass oft ethnische Konflikte unter einem politischen Deckmantel ausgetragen würden. Auch in Tadschikistan bestehe die Gefahr eines Krieges; über Afghanistan und Iran fänden Waffen und fundamentalistische Missionare ihren Weg in dieses Land. Diese Entwicklung erfülle A. mit grosser Sorge. Menschen, die wenig hätten, seien leicht zu beeinflussen. Er erachte es daher als vordringliche Aufgabe der Regierung, die Lage der Bevölkerung zu verbessern.

Fast beschwörend richtet A. die Bitte an SIN, er möge die Schweizer Banken davon überzeugen, in Taschkent eine Vertretung zu eröffnen. Die Schweiz gelte als Garant für Stabilität und Frieden, was das Vertrauen anderer Staaten in Usbekistan zu erhöhen helfe. Für die Banken wäre ein Engagement sehr attraktiv, sei doch die Qualität des usbekischen Goldes bekannt. Mit westlicher Technologie könne die Förderung von Gold massiv gesteigert werden. SIN weist A. darauf hin, dass die Banken in ihrem Entscheid völlig frei seien. Er werde aber die Grossbanken über die Ergebnisse dieser Gespräche orientieren.

Usbekistan sei bereit, rasch die üblichen Wirtschaftsverträge mit der Schweiz abzuschliessen. Darüber hinaus werde auch der Ausbau des Flugverkehrs (Usbekistan verfüge über 500 Flugzeuge) ausländischen Investoren den Einstieg erleichtern. Der Bau von Strassen und Schienen entlang der historischen Seidenstrasse werde Usbekistan zu einem wichtigen Transitland machen.

Angesprochen auf die tadschikischen Gebietsansprüche skizziert A. die Verhältnisse der Ethnien in verschiedenen zentralasiatischen Staaten und hält fest, dass man mit der heutigen, stark verflochtenen Situation leben müsse. Alle GUS-Staaten hätten sich verpflichtet, keine Territorialansprüche zu erheben und gegenüber ethnischen Minderheiten eine korrekte Politik zu verfolgen. Usbekistan habe allen Ethnien die gleichen Rechte zugestanden.

Die Unruhen im Fergana-Tal seien von Kräften geschürt worden, die Zentralasien destabilisieren wollten, um ihre eigenen politischen Ziele zu erreichen.

Zum Abschluss des Gesprächs überreicht SIN das Memorandum bezüglich Genf als Sitz des Sekretariats der Kommission für nachhaltige Entwicklung.

Bern, 24. September 1992

**Gepräch mit Rustam S. Azimov (A), Präsident der Bank für
Aussenwirtschaftsbeziehungen, Taschkent, 29-8-92**

Einleitend unterstreicht A. die grosse Bedeutung, welche Usbekistan den Wirtschaftsbeziehungen mit der Schweiz beimisst. Man gedenke sogar, in der Schweiz eine kleine Bank zu eröffnen. Die Schweizerische Bankgesellschaft sei bereits heute der wichtigste ausländische Partner im Bankenbereich, doch unterhalte Usbekistan auch mit den anderen schweizerischen Grossbanken gute Geschäftskontakte.

Positiv wertet A. auch die Zusammenarbeit mit der Schweiz in den Bretton-Woods-Institutionen. Die usbekische Delegation werde am 16. September nach Washington reisen und rechtzeitig mit schweizerischen Vertretern Kontakt aufnehmen.

Das Schicksal der Rubelzone liege zurzeit hauptsächlich in den Händen Russlands. Da die anderen Staaten keinen Einfluss auf die Neuemissionen von Rubelscheinen nehmen könnten und andererseits an einem grossen Geldmangel leiden würden, seien sie darauf angewiesen, Kredite zu geben, die sie aber nie einlösen könnten. So sei kaum zu erwarten, dass die Ukraine jemals ihre Baumwolleinkäufe aus Usbekistan bezahlen könne. Insofern würden vor allem jene Staaten unter der gegenwärtigen Krise leiden, die einen starken Handel mit anderen Republiken betreiben würden. Sollte es nicht gelingen, ein streng organisiertes Zentralbankensystem einzurichten, seien die einzelnen Staaten gezwungen, eigene Währungen einzuführen. Vielerorts sei man sich darüber aber nicht im klaren, dass die Einführung einer nationalen Währung nicht nur ein technisches Problem sei, sondern dass diese Währung auch einen realen Wert verkörpern müsse. Die Wirtschaft Usbekistans sei viel zu sehr mit den Staaten der ehemaligen Sowjetunion verflochten, als dass andere Staaten in die neue Partnerrolle treten könnten: 95 % aller Wirtschaftsbeziehungen unterhalte Usbekistan mit den Staaten der Ex-UdSSR.

Angesprochen auf die Frage nach der Aussenschuld der Ex-UdSSR bekannte A., nicht zu wissen, wie dieses Problem gelöst werden sollte. Usbekistan hätte heute keine Informationen darüber, wie diese Schulden entstanden seien. Trotz der grundsätzlichen Bereitschaft, einen Teil der Verantwortung zu tragen, sei Usbekistan nicht bereit, Verpflichtungen der ehemaligen Vnesheconombank gegenüber Leuten wie Sadam Hussein oder Ghadhaffi zu erfüllen. Nicht vergessen werden dürfe zudem, dass Usbekistan heute ein demokratisches Land sei: die Internationale Gemeinschaft gehe von einer Solidarschuld der ehemaligen Sowjetrepubliken aus. Würde aber Usbekistan aufgrund dieser Solidarschuld beispielsweise Schulden Armeniens übernehmen, hätte dies vermutlich den Sturz der Regierung zur Folge. Das Memorandum der ehemaligen Sowjetrepubliken über die Tilgung der Aussenschuld habe Usbekistan nicht unterzeichnet, da es mit dem vorgesehenen Verteilerschlüssel (auf Grund des 7 % Anteils an der Gesamtbevölkerung hätte Usbekistan 7 % der Schulden übernehmen müssen) nicht einverstanden sei. Die Deutsche Bank sei in der Frage der Schulden-

regulierung sehr stark engagiert, da Deutschland das wichtigste Gläubigerland sei. Auf die Bemerkung RAMs, dass die noch nicht gelöste Frage der Aussenschuld das Investitionsklima trüben könnte, erwiderte A., dass man daran sei, neue Modelle der Entschuldung zu finden (z.B. Debts for Equity).

Bern, 24. September 1992

Gepräch mit Nariman A. Kariiev (K), erster Stellvertretender Minister für
Aussenwirtschaftsbeziehungen Usbekistans, Taschkent, 29-8-92

Die Privatisierung in Usbekistan ist gemäss K. bereits weit fortgeschritten: 360 gemischte Unternehmungen seien schon eingetragen; 750 Firmen würden am Aussenhandel teilnehmen. Den gemischten Unternehmungen sei es erlaubt, Gewinne auszuführen. Blieben die Gewinne aber im Land, würden keine Steuern erhoben. Das Warenangebot in Usbekistan habe sich dank der ausgesprochenen Händlermentalität des usbekischen Volkes bereits stark vergrössert. Die Aufgabe bestehe nun darin, nicht nur Handel zu betreiben, sondern die reichen Rohstoffe auch direkt im Land zu verarbeiten. Erste ausländische Firmen hätten sich bereits in Usbekistan engagiert: Südkorea werde mit der Montage von Autos bald beginnen, Mercedes habe zudem Pläne, im Norden des Landes Busse zu produzieren.

Usbekistan habe, so K., mit Interesse vom schweizerischen Projekt eines Investitionsschutzabkommens Kenntnis genommen. Grundsätzlich sei man in Taschkent mit dem schweizerischen Vorschlag einverstanden und werde der Schweiz innert kurzer Zeit eine bereinigte Fassung zukommen lassen. Usbekistan sei imstande, bessere Garantien zu bieten, als es der schweizerische Vorschlag vorgesehen hätte. Nebst dieser bereinigten Fassung eines ISA's werde dem Schreiben auch die usbekische Variante für ein Handel- und Wirtschaftsabkommen beigelegt. Zuständig für den Abschluss dieser Abkommen sei das Aussenministerium, auch wenn in der Phase der Detailabstimmung das Aussenwirtschaftsministerium federführend sei.

Bern, 24. September 1992

Gespräch SIN mit Shukhrat Abdulaev (A), stv. Finanzminister Usbekistans,
Taschkent, 29.8.92

Die sowjetische Volkswirtschaft habe, so A., ganz erheblich von Usbekistan profitiert, indem 65 % der Deviseneinnahmen aus dem Baumwolllexport sowie über 30 % der Deviseneinnahmen aus dem Export von Gold hier erarbeitet worden seien. Usbekistan habe seinerseits für diese Leistungen keine Vorteile erhalten. Dementsprechend sei das Budget von 1991, welches noch nach sowjetischem Muster erstellt worden sei, nicht mehr aussagekräftig. Bereits in diesem Jahr erwarte Usbekistan hohe Deviseneinnahmen aus seinen Direktexporten. Weltweit sei Usbekistan der drittgrösste Baumwoll- und der viertgrösste Goldproduzent. (Anmerkung: gemäss anderen Quellen belegt Usbekistan in der Goldproduktion sogar den 2. oder 3. Rang).

Die enormen Preissteigerungen sowie die Tatsache, dass 45 % der usbekischen Bevölkerung unter 17 Jahre alt seien, hätten in diesem Jahr enorme Sozialausgaben erforderlich gemacht. Die über hunderttausend Familien mit mehr als zehn Kindern bedürften dringend sozialen Schutzes. Lange könnten allerdings derartige Zahlungen nicht geleistet werden, weshalb Usbekistan dringend auf ausländische Investitionen angewiesen sei, welche die Wirtschaft ankurbeln würden. Dank seinen Ressourcen und seinem hohen Arbeitskräftepotential sei Usbekistan ein idealer Investitionsstandort.

A. zeigt sich befriedigt über die künftige Zusammenarbeit mit der Schweiz im Rahmen der Bretton-Woods-Institutionen. Er versichert, dass Usbekistan alles unternehmen werde, um seinen Weltbankbeitrag in Lokalwährung rechtzeitig zu überweisen.

Das schwerwiegendste ökologische Problem Usbekistans sei der Zustand des Aralsees. Einer der Hauptgründe für den heutigen Zustand sei die Tatsache, dass Wasser bisher immer gratis verfügbar gewesen sei. Um der Verschwendung von Wasser zu begegnen, gedenke die usbekische Regierung einen Wasserozoll einzuführen. Die Baumwollproduktion solle aber nicht unter diesen Einschränkungen zu leiden haben.

Die Rubelzone werde, so A., vermutlich noch zirka ein bis zwei Jahre bestehen. Anschliessend würden alle Staaten eigene Währungen einführen.

Bern, 24. September 1992

**Gepräch mit Bahtiir S. Chamidov (CH), Vizepremierminister Usbekistans,
Taschkent, 31-8-92**

Usbekistan habe schon im ersten Jahr seiner Unabhängigkeit gute Bedingungen für ausländische Investoren geschaffen. Dank seiner grossen Rohstoffvorkommen werde Usbekistan auch mühelos imstande sein, die Kredite des Auslandes zu decken. Ch. lobt die gute Zusammenarbeit mit den Schweizer Banken und hebt insbesondere hervor, dass die Schweizerische Bankgesellschaft Seminare mit usbekischen Geologen veranstaltet, die der Effizienzsteigerung bei der Goldgewinnung dienen sollen. In Zürich sei bereits eine kleine schweizerisch-usbekische Firma gegründet worden, die sich mit dem Baumwollhandel beschäftige. Usbekistan beabsichtige zudem, in der Schweiz eine Bank zu eröffnen. Die Schweiz gelte als Garant für Stabilität und sei deshalb Usbekistans bevorzugter Partner. Nicht zuletzt seien es die Schweizer Banken, welche Usbekistan beim Entwurf des neuen Stempels für usbekisches Gold beraten würden. Von der Präsenz einer Schweizer Bank in Taschkent versprache sich Usbekistan eine Signalwirkung an potentielle Investoren.

Der Anteil Usbekistans an der Aussenschuld der Ex-UdSSR sei von ursprünglich 3,28 % auf neu 2,47 % reduziert worden. Problematisch sei die Solidarhaftung aller Nachfolgestaaten der Sowjetunion: gegenwärtig wären allenfalls Russland, die Ukraine, Weissrussland, Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan in der Lage, irgendwelche Zahlung zu leisten.

Alle wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Reformen würden in der neuen Verfassung Usbekistans ihre Grundlage finden. Das Projekt dieser Verfassung würde vor der Beratung im Parlament durch die Presse allen Bürgern zur Kenntnis gebracht. Schliesslich würde in einer Volksabstimmung über die Annahme der Verfassung entschieden.

Heute seien in Usbekistan offiziell drei Parteien registriert, wovon zwei im Parlament vertreten seien. Nebst diesen Parteien gäbe es eine Vielzahl von politischen Bewegungen, die daran seien, sich zu Parteien zu entwickeln. Als wichtigstes der zahlreichen ökologischen Probleme bezeichnet Ch. den Zustand des Aralsees. Eine Lösung dieses Problems sei nur mit grossen internationalen Anstrengungen möglich.

Bern, 24. September 1992

Gespräch mit dem tadschikischen Aussenminister K. Kholiknazarzoda (K.) 1.9.1992

Zur Erklärung der gegenwärtig schwierigen Situation in Tadschikistan müsse auf die Februarunruhen vom Jahr 1990 zurückgegangen werden, als die Perestroika in Tadschikistan einsetzte. Vor diesen Unruhen gab es abgesehen von der Bewegung Rastokhez nur die kommunistische Partei. Dementsprechend fielen auch die Resultate für die Parlamentswahlen vom 20. Februar desselben Jahres aus, was dazu führte, dass auch das amtierende Parlament beinahe ausschliesslich aus Kommunisten zusammengesetzt ist. Im Anschluss an die Unruhen, die gemäss K. blutig niedergeschlagen wurden (mindestens 30 - 50 Tote), entstanden mehrere Parteien, insbesondere die Demokratische Partei Tadschikistans und die Islamische Wiedergeburtspartei. Heute gebe es insgesamt drei Parteien von grösserer und sechs Bewegungen von kleinerer Bedeutung. Es waren vor allem die Anhänger dieser Parteien die in der Folge des misslungenen Putschs vom August 1991 in Moskau vor dem Parlamentsgebäude in Duschanbe für Reformen und für die Abschaffung der kommunistischen Partei demonstrierten. Trotzdem wurde der Entschluss des damaligen Innenministers, die kommunistische Partei abzuschaffen, vom konservativen Parlament rückgängig gemacht, und Rachmon Nabijev, der gegen seinen Konkurrenten Khundanazarov mit 58 gegen 32 % zum Präsidenten des Landes gewählt wurde, interpretierte seinen Wahlsieg als Legitimation, weiterhin repressiv gegen die Opposition vorzugehen. Als am staatlichen Fernsehen bekannt gemacht wurde, wie der damalige Innenminister Navschuwanov aus Gornobadachdschan sein Amt missbraucht habe, versammelten sich vor dem Parlamentsgebäude Demonstranten, die den Innenminister zu stürzen versuchten. Die Demonstranten hätten auch Parlamentsdeputierte gepackt und in die auf dem Platz errichteten Zelte geschleppt, um ihnen zu zeigen, wie schlecht sie in Tadschikistan leben müssten. Sie verlangten schriftlich die Absetzung des Präsidenten und die Aufhebung antidemokratischer Gesetze. In der Zwischenzeit haben sich auf einem unweit gelegenen Platz auch die Anhänger der Regierung versammelt, an die der Präsident am 1. Mai Waffen verteilte, um eine sogenannte Nationalgarde zu schaffen. In Raion Jewan wurden die Transporte der Anhänger der Regierung aus dem Kuljab Oblast aufgehalten, worauf es zu einzelnen Auseinandersetzungen kam. Die daraus entstandenen Unruhen dauerten bis zum 11. Mai, als sich Opposition und Regierung zur Bildung einer neuen Koalitionsregierung verständigten. In der Regierung seien seither acht Posten von Vertretern der Opposition besetzt, darunter der Posten des Innenministers, des Verteidigungs- und des Aussenministers. Da die vorgesehene Entwaffnung der Nationalgarde kaum befolgt wurde, kam es vor allem im südlichen Kuljab Oblast zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die bis heute nicht beendet wurden.

Schliesslich anerkannte K. den Mut der Delegation, in diesen Tagen nach Duschanbe zu reisen, empfahl aber gleichzeitig, noch am selben Tag wieder abzufliegen, da die Lage ansonsten zu gefährlich werden könnte.

Bern, 24. September 1992

Gespräch RAM mit dem tadschikischen Vize-Finanzminister Usmanov
Duschanbe, 1.9.1992

Anlässlich eines kurzfristig anberaumten Treffens hatte RAM die Gelegenheit, dem Vize-Finanzminister das Kreditabkommen für die Finanzierung des Weltbankbeitrages Tadschikistans zur Unterzeichnung vorzulegen.

U. zeigt sich erstaunt, dass nun von einem Kreditabkommen die Rede sei. Im Memorandum of Understanding sei von einer Hilfe die Rede gewesen. RAM stellt klar, dass dieses Kreditabkommen insofern eine schweizerische Hilfeleistung darstellt, als es sich um ein zinsfreies Darlehen handelt, mit dessen Rückzahlung erst in 3 Jahren begonnen werden muss. Die Schweiz werde sich zudem bei der Rückforderung des Darlehens flexibel zeigen. U. gibt sich mit dieser Erklärung zufrieden und sichert zu, dass Tadschikistan seinen Beitrag in Lokalwährung rechtzeitig überweisen werde.

Bern, 24. September 1992

Gespräch SIN mit den stellvertretenden Premierministern Turkmenistans
Reep, Saparov (S.) und Valeri G. Otcherzov, Aschhabad, 2.9.1992

Eingangs erwähnt S. die bereits heute regen Kontakte mit der Schweiz, insbesondere den Besuch Botschafter Ritters sowie die Geschäftskontakte mit der SBG und Vertretern der schweizerischen Textilindustrie.

Turkmenistan habe bezüglich seines Anteils an der Aussenschuld der Ex-UDSSR mit Russland einen bilateralen Vertrag abgeschlossen, in welchem alle Rechte und Pflichten an Russland abgetreten worden seien. Turkmenistan sei heute somit frei von allen Schulden der Ex-Sowjetunion. Turkmenistan verdanke seine politische Stabilität der umsichtigen Politik des Präsidenten, der die grossen Vorteile, die Turkmenistan aufgrund seiner Rohstoffreserven hätte, bei der Umstellung auf die Marktwirtschaft geschickt zu nutzen wisse. Ausländischen Firmen würden Lizenzen für den Abbau von Rohstoffen gegeben. Die Deviseneinnahmen aus diesen Lizenzverträgen will Turkmenistan für den Aufbau einer verarbeitenden Industrie nutzen. Von den 400'000 Tonnen Baumwolle, die in Turkmenistan jährlich geerntet würden, könnten nur 16'000 Tonnen verarbeitet werden.

Auf Grund dieser wirtschaftlichen Ausgangslage (Rohstoffreichtum und keine Aussenschuld) beanspruche Turkmenistan in seinen künftigen Beziehungen mit dem westlichen Ausland keine humanitäre Hilfe, sondern strebe eine Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse an.

SIN legt die Konzeption der schweizerischen Unterstützungsmassnahmen für Osteuropa dar, unter anderem das Prinzip der Konditionalität. Dabei wird er von S. unterbrochen, der zu bedenken gibt, dass Turkmenistan auch nicht erst die politischen Rechte von Schweizer Bürgern überprüfe, bevor es mit uns bilateral zusammenarbeite. Im Westen tendiere man generell dazu, viel über die künftige Zusammenarbeit zu sprechen und wenig konkrete Massnahmen zu treffen. Durch die unnötige Diskussion über Politik würde beispielsweise ein 100-Millionen Projekt der Schweizer Firmen Geilinger und Rieter blockiert. Käme dieses Geschäft über die Lieferung von Textilmaschinen zustande, könnte Turkmenistan

seine Baumwolle, die es zur Zeit für 1'000 US\$ pro Tonne verkaufen müsse, zu einem wesentlich höheren Preis als verarbeitetes Produkt auf den Markt bringen. RAM weist auf die der Marktwirtschaft eigene Trennung des privaten und des öffentlichen Sektors hin und erläutert die Grundsätze der schweizerischen Exportrisikogarantie (Selbstfinanzierung).

Gemäss S. hat Turkmenistan die Formalitäten für den Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen in die Wege geleitet und wird an der Versammlung in Washington teilnehmen. Ueber die Zugehörigkeit zu einer Stimmrechtsgruppe könne er sich nicht äussern, er erachte aber eine Konsultation mit den Mitgliedern der schweizerischen Gruppe nicht als nötig.

Abschliessend erkundigt sich S. nochmals, ob die Schweiz an einzelne Länder Kredite gewähre. Nachdem RAM dies verneint, weist S. darauf hin, dass 10 % des Erdgases, das die Schweiz von Russland beziehen würde, aus Turkmenistan stammt. Turkmenistan mache diese Lieferungen auch nicht davon abhängig, ob die Schweiz eine gute Demokratie sei. Ebenso wenig würde sich ein Turkmene in die amerikanische Abtreibungsdiskussion einmischen. SIN hält fest, dass Erdgaslieferungen ein privates Geschäft sind, in das sich die schweizerische Regierung nicht einmische.

Bern, 24. September 1992

Gespräch SIN mit dem turkmenischen Aussenminister Halikberdi Ataev,
Aschhabad, 2.9.1992

A. zeigt sich erfreut über unseren Besuch und unterstreicht das grosse Interesse seines Landes an Kontakten mit dem westlichen Ausland. Turkmenistan sei dringend auf ausländische Investitionen angewiesen, um seine einseitig auf die Gewinnung von Rohstoffen ausgerichtete Wirtschaft umzustrukturieren. Turkmenistan biete den ausländischen Investoren grosse Standortvorteile. Die politische Situation sei wesentlich stabiler als in anderen Staaten der GUS. Präsident Nijasov achte bei seiner Politik darauf, dass die Bevölkerung nicht unter der Umstellung auf die Marktwirtschaft zu leiden hätte. Der Präsident geniesse deshalb in der Bevölkerung einen grossen Rückhalt.

Turkmenistan bekenne sich nicht nur zu den Prinzipien der KSZE und zur demokratischen Rechtsordnung der zivilisierten Länder, sondern würde dieses Bekenntnis auch in der Praxis umsetzen. Turkmenistan sei gemäss der Verfassung vom 18. Mai 1992 ein demokratischer, laizistischer Staat, der seinen Bewohnern alle politischen und wirtschaftlichen Rechte garantiere. Dass es in Turkmenistan heute kaum eine ernstzunehmende Opposition gäbe, liege daran, dass jedermann einsehe, dass der Erhalt der nationalen Einheit das wichtigste Gebot der Stunde sei. Turkmenistan müsse wie jeder andere Staat den Freiheiten seiner Bürger gewisse Schranken auferlegen. So seien z. B. Parteien verboten, die den Sturz der Regierung (sic !) oder die gewaltsame Aenderung der Verfassung zum Ziele hätten. Ebenfalls verboten seien Parteien, die interethnische Konflikte schüren würden. Die wenigen Exponenten, welche dauernd die turkmenische Regierung kritisieren würden, seien allesamt unaufrichtige Personen, die in der ausländischen Presse eine viel zu grosse Beachtung fänden. Dieser "Opposition" gehe es nicht um eine konstruktive, sondern um eine destruktive Kritik. Es sei unverständlich, wieso z. B. der Fall eines Gewaltverbrechers, der wegen einer Vergewaltigung verurteilt worden sei und sich nun durch sein politisches Engagement seiner gerechten Strafe zu entziehen versuche, in der westlichen Presse als Beispiel für die Unterdrückung der turkmenischen Opposition erwähnt werde. (Wobei anzumerken ist, dass dieser Fall selbst der amerikanischen Botschaft in Aschhabad nicht bekannt war.) A. betont nochmals, dass jeder Staat ein Recht auf Verteidigung seiner Ordnung und damit zum Unterhalt von entsprechenden Kontrollorganen hätten.

Die wirtschaftliche Reform gehe Turkmenistan mit grosser Vorsicht an. Als erstes würden landwirtschaftliche Betriebe privatisiert, was sich bereits heute positiv auf die Produktion auswirke. Während die Privatisierung kleinerer Betriebe ebenfalls bereits angelaufen sei, fehle es für die private Uebernahme der grossen Betriebe am notwendigen Kapital. Inskünftig würde die Regierung potentiellen inländischen Investoren Kredite geben.

Da sich die Staaten der GUS über die Zusammenarbeit in vielen Bereichen nicht einig seien, versuche Turkmenistan mit bilateralen Verträgen die Kontinuität der bisherigen Zusammenarbeit zu gewährleisten. Der umfassende Vertrag mit Russland schliesse nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den Verteidigungsbereich ein. Dieser Vertrag mit Russland sei der Garant für die Stabilität Turkmenistans. Mit Iran unterhalte Turkmenistan schon auf Grund der 1500 km langen Grenze eine besonders enge Beziehung. Die politischen Beziehungen mit Iran basierten auf dem Prinzip der Nichteinmischung. Sehr enge Beziehungen unterhalte Turkmenistan auch mit der Türkei, die als wirtschaftlich hoch entwickeltes Land Turkmenistan bei der Ausbildung von künftigen Kaderleuten behilflich sei. Unterstützt würde Turkmenistan schliesslich auch von Indien (Ausbildung im Bankenbereich) und Pakistan.

Angesprochen auf die Minderheitenfrage erörtert A. die turkmenische Politik, welche darin bestehe, allen ethnischen Minderheiten volle Rechte zu gewähren und es ihnen zu ermöglichen, die eigene Kultur zu pflegen. So würden Radiosendungen in verschiedensten Sprachen ausgestrahlt, genauso wie das Land auch über eine vielsprachige Presse verfüge. Viele Angehörige von ethnischen Minderheiten, die in den letzten Monaten ausgewandert seien, befänden sich bereits wieder in ihrer turkmenischen Heimat.

SIN erläutert anschliessend die Konzeption der schweizerischen Zusammenarbeit mit den Reformstaaten und unternimmt die Demarche zugunsten Genfs als Sitz des Sekretariats der Kommission für nachhaltige Entwicklung. Ebenfalls weist SIN auf das Problem der nuklearen Nonproliferation hin.

Bern, 24. September

**Gespräch SIN mit Mukhamed Abalakov, Vize-Wirtschaftsminister,
und Vize-Finanzministerin Andreewa, Aschhabad, 2.9.1992**

Gemäss A. hat Turkmenistan die Memoranden mit der G 7, bzw. unter den Staaten der GUS bezüglich der Verteilung der Aussenschuld der ehemaligen UDSSR nicht unterzeichnet, da einerseits die Aktiven und Passiven der ex-UDSSR nicht vollständig aufgelistet worden seien und andererseits der Anteil Turkmenistans an dieser Schuld auf falschen Berechnungsgrundlagen beruhe. Als sich in einer späteren Phase gezeigt habe, dass sich Aktiven und Passiven Turkmenistans ungefähr die Waage halten würden, sei am 23.7.92 mit Russland vereinbart worden, dass Turkmenistan alle alten Verpflichtungen und Forderungen an Russland abtrete.

Bereits im Mai sei in Turkmenistan ein Gesetz über ausländische Investitionen verabschiedet worden. Mit zahlreichen Staaten würden bereits Verhandlungen über Investitionsschutzabkommen geführt. Die Türkei habe Turkmenistan bereits einen Kredit über \$ 75 Mio gewährt, Iran einen solchen von \$ 50 Mio und Pakistan \$ 10 Mio. Bereits lägen 50 Projekte von ausländischen Firmen mit einem gesamten Investitionsvolumen von \$ 6.5 Mia auf dem Tisch.

Der wichtigste Wirtschaftspartner Turkmenistans sei noch immer Russland, weshalb die Regierung am Erhalt der Rubel-Zone interessiert sei. Abklärungen über die Einführung einer eigenen Währung würden aber dennoch unternommen, damit man für den Fall, dass Russland sich zur Einführung einer nationalen Währung entschliesse, gewappnet sei.

Die Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzinstituten erachtet A. als wichtig und für Turkmenistan lehrreich. Zur künftigen Gruppenmitgliedschaft in den Bretton Woods-Institutionen könne er sich nicht äussern.

Auf entsprechende Frage hin erläutert SIN den Stand der schweizerischen Debatte über eine Hilfe zugunsten der GUS-Staaten.

Bern, 24. September 1992

Gespräch SIN mit dem Geschäftsträger der türkischen Botschaft Aschchabad,

Adjan, 2.9.1992

Der russische Einfluss in Turkmenistan ist gemäss A. heute noch unvermindert gross. Wesentliche Führungspositionen würden von Russen besetzt. Turkmenistan sei nie ein eigentlicher Nationalstaat gewesen, sondern ein mehr oder weniger loser Bund von einzelnen Stämmen. Unter der Sowjetherrschaft hätte nie ein Turkmene eine grössere Verantwortung übernehmen müssen, da alle Entscheide nach Moskau abgeschoben werden konnten. Heute, da es darum gehe, das Schicksal selbst in die Hände zu nehmen, zeige sich die patriarchalische Tradition dieser Gesellschaft. Sie manifestiere sich vor allem in der ungeheuer starken Rolle des Präsidenten, der zu jedem auch noch so kleinen Geschäft seinen Segen geben müsse. Ueber diese überragende Rolle des Präsidenten bestehe in der turkmenischen Gesellschaft ein breiter Konsens.

Das Verhältnis Turkmenistans zu Iran seien zwar gut, doch zeige ein Blick auf die Geschichte der Beziehungen zwischen den beiden Ländern, dass diese meistens durch Kriege geprägt waren. Aufgrund der Lebensweise der Turkmenen sowie der geringen persönlichen Sympathien gegenüber dem iranischen Nachbarn und seiner Bevölkerung erachtet A. die Gefahr der Ausbreitung fundamentalistischer Ideen als gering.

Die wichtigsten Beziehungen unterhalte Turkmenistan nebst Russland mit der Türkei. Die Politik Ankaras basiere darauf, der turkmenischen Bevölkerung so oft als möglich die türkische Lebensweise vor Augen zu führen. Nebst der ständigen Berieselung durch Radio und TV-Sender würden 2'000 Studenten für 4 - 5 Jahre in religiösen Schulen in der Türkei ausgebildet. Auf diese Weise solle der mittelasiatischen Bevölkerung vor Augen geführt werden, dass sich asiatische Tradition und westliche Lebensweise vereinbaren liessen. Trotz der Bekenntnisse Nijazovs zu den Prinzipien der KZSE glaubt A. nicht, dass dieser an einer radikalen Umstellung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse interessiert ist. Nebst Anpassungsproblemen spiele hier sicher auch die Rücksicht auf den Iran eine Rolle.

Das Einvernehmen zwischen der russischen Minderheit und der turkmenischen Mehrheit erachtet A. als recht gut. Die Russen seien in der Regel in das Stadtleben integriert, während die turkmenische Bevölkerung auf dem Lande mehr oder weniger in ihrer angestammten Lebensweise bestehen könne.

Pläne für ein grosses Turkestan hätte die türkische Regierung keine. Ihr Interesse sei es, dass sich Turkmenistan erst zu einem wirklich selbstständigen Staat entwickle.

Schliesslich weist A. darauf hin, dass die turkmenische Regierung die Akkreditierung eines in Taschkent residierenden Botschafters normalerweise nicht billigt.